

Empfehlungen und Erkenntnisse

2nd Transnational Reflection Group Meeting

12-13 September 2019 Bratislava, Slovakia

Einleitung

Vier Monate nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 kamen 26 junge Führungspersönlichkeiten sowie ExpertInnen aus 9 europäischen Ländern (Österreich, Bulgarien, Finnland, Deutschland, Griechenland, Italien, Montenegro, Polen und der Slowakei) in Bratislava, Slowakei, zusammen, um über bürgerliches Engagement in der EU zu diskutieren. Die Teilnehmenden des 2. Treffens der Transnationalen Reflexionsgruppe arbeiteten an der Ausarbeitung von Empfehlungen an europäische und nationale EntscheidungsträgerInnen sowie an die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft. Sie haben sich der Stärkung einer Europäischen Union verschrieben, die (neben anderen Werten) "Vielfalt", "Einheit", "Freiheit und Privilegien" und "Chancen" repräsentiert. Die Diskussionen umfassten folgende Themen:

1. Bildung und Chancen für die Jugend
2. Umwelt und Nachhaltigkeit
3. Die EU als globaler Akteur
4. Migration, innere und äußere Sicherheit
5. Beschäftigung, Soziales und Integration

Die Arbeit wurde inspiriert durch ein Gespräch über die Zukunft Europas mit der gewählten Europaabgeordneten Miriam Lexmann und Lívia Vašáková, der Leiterin der Wirtschaftsabteilung in der Vertretung der Europäischen Kommission in der Slowakei. In Diskussionen mit dem Staatssekretär im slowakischen Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten, František Ružička, und Thibault Muzergues, Direktor des Europaprogramms am International Republican Institute in Bratislava, wurden Wege zu einer bürgernahen EU besprochen. Als VertreterInnen der staatlichen und nichtstaatlichen, politischen und wirtschaftlichen sowie der regionalen und europäischen Perspektive identifizierten alle Diskussionsteilnehmenden eine Reihe von Schlüsselfragen, die im Hinblick auf den gegenwärtigen und zukünftigen Zustand der Europäischen Union zu berücksichtigen sind. Unsere Teilnehmenden nahmen dies als Ausgangspunkt, um bei jedem der Themen die Herausforderungen und Chancen auf allen Ebenen (EU, Mitgliedstaaten und Gesellschaften) zu bewerten und Empfehlungen zu formulieren, wobei sowohl Top-Down- als auch Bottom-Up-Ansätze verwendet wurden. Dabei kristallisierten sich insbesondere drei Themen heraus, die sich über die verschiedenen Themenbereiche erstrecken.

Erstens betonten die Teilnehmenden die Notwendigkeit EU-weiter Lösungen und der Harmonisierung bestimmter Maßnahmen und Systeme in der gesamten Union. Diese waren: Die Verbesserung der Bildungsqualität und der sozialen Sicherungssysteme, die Überwindung der Ost-West-Spaltung und angemessene Reaktionen auf die Abwanderung von Talenten, mit der einige EU-Länder konfrontiert sind.

Zweitens betonten sie die Notwendigkeit, bestimmte Paradigmen des Marktverständnisses zu verändern, um auf die Welt von heute und morgen zu

reagieren. Von der allgemeinen und beruflichen Bildung bis hin zum Arbeitsrecht und zur sozialen Sicherung waren die TeilnehmerInnen überzeugt, dass es auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene flexiblerer Ansätze und Rahmenbedingungen bedarf.

Und schließlich brachten die TeilnehmerInnen zum Ausdruck, dass die EU die Beteiligung ihrer BürgerInnen an der Politikgestaltung in Bereichen, die sie betreffen, weiterhin fördern muss.

Bildung und Chancen für die Jugend

Herausforderung 1: Die Lücke zwischen den für den Arbeitsmarkt benötigten Fähigkeiten und dem Wissen aus dem Bildungssystem

- Es mangelt an institutioneller Flexibilität (starre Schemata 2+1; 2+2, etc.) sowie in Bezug auf die Lehrpläne, die nicht auf aktuelle Entwicklungen, neue Herausforderungen und Marktbedürfnisse reagieren und nicht anpassungsfähig zu sein scheinen;
- Es gibt auch eine starre Herangehensweise an die Bildung als solche, die sich auf das Lernen von Informationen statt auf praktisches Tun konzentriert, was zu einem Mangel an Fähigkeiten und Problemlösungskompetenz führt;
- Es fehlt auch der interdisziplinäre Fokus; in der heutigen komplexen Welt ist die Beherrschung von mehr als einer Fähigkeit erforderlich;
- SchülerInnen sind nicht motiviert, eine Berufsausbildung zu absolvieren;
- Und schließlich sind die LehrerInnen nicht ausreichend ausgebildet, um die Kurse so zu bereichern, dass sie auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes reagieren und die Entwicklung der richtigen Fähigkeiten bei den Schülern unterstützen.

Diese Lücke hat zwei schwerwiegende Folgen: verschwendetes Talent und Passivität. Die Studierenden erhalten nicht die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Leidenschaften zu entwickeln, nicht zuletzt deshalb, weil Bildungssysteme vor der Schwierigkeit stehen, die für den Markt von heute und morgen benötigten Talente und Fähigkeiten überhaupt zu erkennen. Der Mangel an Soft Skills und Berufsausbildung führt nicht nur zu einem Mangel an Start-up-Mentalität und der Fähigkeit, auf dem Arbeitsmarkt gut zu bestehen, sondern auch zu einem Mangel an aktiver Bürgerschaft und Engagement in öffentlichen Angelegenheiten.

Empfehlungen:

1. Fördern Sie flexiblere, auf die Marktbedürfnisse reagierende Lehrpläne, indem Sie die Zusammenarbeit mit Unternehmen fördern:
 - Stellen Sie mehr Mittel und Ressourcen für die Förderung des Mobilitätsprogramms für Praktika im Rahmen von Erasmus+ bereit (Praktikumsprogramme sind wichtiger als der Hochschulaustausch);
 - Entwicklung einer EU-weiten Plattform, die Unternehmen, die bezahlte Praktika anbieten, mit Universitäten verbindet;
 - Unterstützung einer EU-weiten Jobmesse für Studierende, die in jedem Land organisiert wird und auf der Unternehmen und Start-ups die Praktikumsprogramme, Beschäftigungsmöglichkeiten und die für beide erforderlichen Fähigkeiten vorstellen;
 - Empfehlung an die Hochschulen, Kurse anzubieten, die ausschließlich von nicht-akademischem Personal durchgeführt werden, um die für den heutigen Arbeitsmarkt erforderlichen Fähigkeiten zu verbessern;

- ein Finanzierungssystem für lokale Behörden entwickeln, um in ihren Regionen Jobmessen mit lokalen ArbeitgeberInnen und Start-ups zu organisieren.

2. Mehr Mittel in Bildung und die Bewerbung der EU und ihrer Programme investieren:

- Finanzierung der Entwicklung von "How-to"-Materialien für junge Menschen, die an Erasmus+ teilnehmen;
- Entwicklung eines EU-weiten "Model European Union" (ähnlich wie Model UN), das von der EU unterstützt wird und an dem junge Talente aus allen EU-Ländern kostenlos teilnehmen können. Alternativ könnte das "MEU" verschiedenen Arten von Hochschuleinrichtungen je nach ihrem Fachgebiet hinzugefügt werden (z.B. würden künftige Lehrkräfte aus allen EU-Mitgliedstaaten einen entsprechenden EP-Ausschuss oder die Ausarbeitung eines bildungsbezogenen Gesetzesvorschlags simulieren, in dem alle - die EK, das EP und der Rat - simuliert werden könnten). Zusätzlich könnte die EU die Möglichkeit bieten, sich mit den entsprechenden VertreterInnen der Institutionen zu treffen;
- Mehr Mittel für die Entwicklung von interaktivem Material in jeder EU-Sprache bereitstellen, welches die LehrerInnen bei der Bildung über die EU verwenden könnten.

3. Förderung von Soft Skills und Unternehmergeist bei jungen Menschen:

- Fügen Sie ein Coaching-/Mentoring-Element zu den Erasmus+-Programmen hinzu, bei dem die Studierenden die Möglichkeit haben, mit Fachleuten aus der ganzen EU zu kommunizieren und von ihnen zu lernen. Die Teilnahme der Fachleute würde auf freiwilliger Basis erfolgen und könnte Teil der EU-weiten Online-Plattform sein, die Unternehmen und Hochschulen miteinander verbindet;
- Einen Start-up-Wettbewerb für junge Leute organisieren, um neue Geschäftsideen zu entwickeln;
- Mehr Ressourcen für die EU-Förderungsprogramme für junge Unternehmer bereitstellen;
- Ermutigen Sie die Hochschuleinrichtungen, frühere Erfahrungen mit Freiwilligenarbeit und/oder Bürgerbeteiligung in ihre Zulassungsvoraussetzungen einzubeziehen und Freiwilligenarbeit und Bürgerbeteiligung im Rahmen ihrer Aktivitäten zu fördern.

4. Förderung der Berufsausbildung in früheren Phasen der Bildung

5. Förderung interdisziplinärer Ansätze:

- Investition von mehr Ressourcen in die Förderung von Erasmus-Mundus-Abschlüssen und Ermutigung von mehr interdisziplinären Abschlüssen innerhalb des Programms.

6. Förderung von Programmen für Lehrkräfte sowie für die Ausbildung und Mobilität von PädagogInnen:

- Mehr Ressourcen für die Förderung von Austauschprogrammen für Lehrkräfte;
- Bereitstellung von Ressourcen für den Austausch zwischen Lehrkräften und Wirtschaft, um LehrerInnen zum Sammeln praktischer Erfahrungen in diesem Bereich zu ermutigen, die in Lehrmaterial für SchülerInnen umgesetzt werden können;

- Schaffung einer Online-Plattform mit interaktiven Lehrmitteln für LehrerInnen in verschiedenen Bereichen.

Herausforderung 2: Abwanderung von Talenten (in Verbindung mit der Ost-West-Spaltung)

- Länder mit niedrigerem Lebensstandard investieren in die Ausbildung von Fachkräften (ÄrztInnen usw.), die anschließend weggehen, um ihre Fähigkeiten für höhere Löhne anderswo einzusetzen - dies führt zu einem Verlust von Menschen und der Investitionen in diese.

Empfehlungen:

1. Ein unabhängiges EU-Gremium, das verantwortlich ist für:
 - die Bereitstellung regelmäßiger Aktualisierungen von Daten über die Beschäftigungsfähigkeit in verschiedenen Sektoren, die Vermittlung von HochschulabsolventInnen und die Höhe der Gehälter und Löhne in verschiedenen Sektoren und Ländern
 - Visualisierung der Kluft zwischen den AbsolventInnen und den Marktbedürfnissen in verschiedenen Bereichen in jedem Land
 - unabhängige Bewertung der Qualität aller Hochschuleinrichtungen und anschließende Entwicklung der Bewertung von Abschlüssen (z.B. Bronze-Master, Silber-Master, Gold-Master), um die Transparenz zwischen der Qualität der Bildung in verschiedenen Ländern zu verbessern und die besten Universitäten und Programme in der EU zu ermitteln;
2. Einbeziehung von Finanz- und Investitionskompetenzen in den frühen Phasen der Ausbildung, um einen Fokus auf weitere Einkommensquellen neben der täglichen Arbeit zu legen:
 - Entwicklung von Finanzierungsprogrammen für lokale Behörden und Bildungseinrichtungen, um in die berufliche Ausbildung zu investieren, wie z.B. Finanz-/Investitionskurse;
 - Förderung der Schaffung einer Plattform für Unternehmen und FinanzexpertInnen, um jungen Menschen eine Ausbildung oder ein Coaching in dieser Frage anzubieten.

Herausforderung 3: Ungleiche Chancen

- Benachteiligte Gruppen haben schlechteren Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung

Empfehlung:

- Es müssen mehr Mittel in Programme investiert werden, die qualitativ hochwertige Bildung für Talente aus benachteiligten sozialen Gruppen fördern

Umwelt und Nachhaltigkeit

Herausforderung 1: Mangelndes Bewusstsein für Umweltfragen und Auswirkungen

- Laut EU-weiten Umfragen ist Nachhaltigkeit die wichtigste Sorge - in einigen östlichen Ländern ist das Thema jedoch weit weniger prominent. In diesen Ländern sind sowohl das Wissen als auch die Technologie zur Bewältigung von Nachhaltigkeitsfragen nur begrenzt verfügbar.

Empfehlungen:

- Machen Sie es zu einem Teil der EU-Politik und der Kommunikationsstrategie, Menschen in verschiedenen schwer zugänglichen Regionen außerhalb der Hauptstädte in den Mittelpunkt zu stellen;
- Erstellen Sie Ausschreibungen für die Kommunikation zu Nachhaltigkeitsthemen;
- Fördern Sie alternative Verkehrsarten sowie Forschung in Bereichen wie Elektromobilität;
- Verbessern Sie die Rechenschaftspflicht und Transparenz von nachhaltigkeitsbezogenen Maßnahmen innerhalb der EU;
- Integration der Nachhaltigkeit in das Bildungssystem; Versorgung der BürgerInnen mit nützlichen Informationen, nicht nur mit Fakten und Zahlen.

Herausforderung 2: Disruptiver Wandel in Kohleregionen

- Bestimmte Länder und Regionen, darunter Brandenburg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen in Deutschland, Schlesien und Niederschlesien in Polen und Trenčín in der Slowakei, sind zu sehr auf schwere, "schmutzige" Industrie angewiesen - die Umgestaltung dieser Regionen kann jedoch negative Auswirkungen auf das Arbeitsplatzangebot haben.

Empfehlungen:

- Bieten Sie den ArbeitnehmerInnen tragfähige Alternativen sowie Informationen über diese Alternativen an (z.B. Seminare);
- Finanzielle Zuschüsse für die Schließung von Bergwerken/Kraftwerken bereitstellen;
- Lösungen für den Ersatz von Kohle als Wärmequelle vorbringen (z.B. Förderprogramme);
- Koordinierung des Prozesses mit einem Wandel der Energiepolitik in Richtung der Förderung erneuerbarer Energien;
- Transfer von Arbeitskräften aus der Kohleindustrie in den Sektor für erneuerbare Energien;
- Bereitstellung ausreichender Möglichkeiten für ArbeitnehmerInnen zur Umschulung, insbesondere in neuen Technologien.

Herausforderung 3: Fehlende Fortschritte bei bestehenden und zukünftigen Vereinbarungen zum Klimawandel

- Mit dem vollständigen Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen und der Nichteinhaltung der vereinbarten Ziele durch mehrere Staaten (aber keinen der EU-Mitgliedstaaten) scheint das Abkommen bereits viel von seiner Autorität verloren zu haben;
- Die Fortschritte bei neuen Abkommen sind unglaublich langsam;
- Es besteht die Gefahr, dass eine schädliche Erzählung geschaffen wird - wenn wir uns nur auf die persönliche Verantwortung für Nachhaltigkeit konzentrieren, ignorieren

wir das größte Problem, nämlich die Verantwortung der Unternehmen, die für den größten Teil der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind.

Empfehlungen:

- Machen Sie Bestimmungen zur Nachhaltigkeit durchsetzbar (eine Erwähnung im Pariser Abkommen reicht beispielsweise nicht aus). Dies muss in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen geschehen, wobei die Umwelt als politisches Instrument eingesetzt werden muss, aber ein Gleichgewicht zwischen Druck und Intervention gefunden werden muss;
 - Einrichtung eines Streitbeilegungsmechanismus;
 - Nachhaltigkeitsmaßnahmen auf hohem Niveau anstreben;
- Einführung einer CO₂-Steuer für ProduzentInnen; in "entwickelteren" Mitgliedstaaten mit einem höheren Pro-Kopf-BIP ist die Steuer höher, was Anreize für die Unternehmen schafft, zu einem niedrigeren Steuersystem zu wechseln, wodurch das Pro-Kopf-BIP angekurbelt und ein Prozess der Annäherung begonnen wird.

Herausforderung 4: Verschwendung von Zeit und verfügbaren Mitteln zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele

- Die EIB stellt jährlich 500 Milliarden Euro an grünen, zielgerichteten Investitionsanleihen bereit (entsprechend 5% des BIP der Eurozone); darüber hinaus erklärt sich die EZB bereit, im Rahmen ihres Anleihekaufprogramms den Kurs der EIB-Anleihen auf den Sekundärmärkten zu stabilisieren, wenn er unter ein bestimmtes Niveau fällt. Dies gibt der Bekämpfung des Klimawandels ernsthafte Munition - und nicht nur Lippenbekenntnisse - und könnte in dem derzeit stagnierenden wirtschaftlichen Umfeld ein grünes Investitionswachstum in Gang setzen.

Empfehlungen:

- Mobilisieren Sie politischen Willen - wenn er vorhanden wäre, könnten die 500 Milliarden Euro an "grünen" EIB-Investitionsanleihen morgen unter Verwendung der bestehenden Verträge/Strukturen erreicht werden.

Herausforderung 5: Verlust der biologischen Vielfalt und Entwaldung

- Die Abholzung der Wälder und der Verlust der biologischen Vielfalt ist ein alarmierendes, aber nicht unüberwindbares Problem. Viele Lebewesen sind vom Aussterben bedroht, aber mindestens 30% der gefährdeten Arten sind noch nicht unmittelbar gefährdet; es ist jetzt an der Zeit zu handeln;

Empfehlungen:

- Erweitern Sie die Aufsicht über die europäischen Lebensräume/Arten, die gefährdet sind (derzeit werden nur Vögel erfasst);
- Standardisierung von Indikatoren und Datenerfassung, um die Analyse und Identifizierung von Trends und gefährdeten Gebieten/Arten zu ermöglichen;
- Die Entwaldung zu einer Top-Priorität zu machen und praktikable Mechanismen schaffen, um Druck auf die relevanten Akteure auszuüben - die Entwaldung in Ländern wie Brasilien zeigt die Notwendigkeit, gemeinsam Veränderungen in den

Verhandlungen über Handelsabkommen oder sogar durch den Boykott von Ländern durchzusetzen;

- Auf eine vollständige Abschaffung von Einweg-Kunststoffen hinzuwirken.

Herausforderung 6: Zukünftige Zunahme der Klimamigration nach Europa

Empfehlungen:

Forschung über zukünftige Klimamigration ist notwendig, wobei der Schwerpunkt auf folgenden Fragen liegen sollte:

- Woher kommt die nächste Flüchtlingswelle?
- Welche Veränderungen (z.B. Wüstenbildung, Anstieg des Meeresspiegels) werden diese auslösen?
- Welche sind mit besonders hohem Risiko verbunden, Flüchtlinge nach Europa zu treiben?
- In welchem Bereich haben wir gute Möglichkeiten, die Not so zu lindern, dass eine Fluchtursache gar nicht erst entsteht?

Die EU als globaler Akteur

Herausforderung 1: Mangelnde Einigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten:

- Es gibt derzeit kein Potenzial für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, da die Positionen der Mitgliedstaaten zu sehr auseinandergehen.
- Infolgedessen kann die EU nicht als echter, vereinigter globaler Akteur auftreten.

Die individuelle Führung durch visionäre Staatsmänner und -frauen und die allmähliche Entwicklung einer echten europäischen Identität könnten dazu beitragen, ein größeres Verständnis und einen Konsens unter den europäischen WählerInnen darüber zu fördern, warum es sinnvoll ist, als echte politische Macht in Europa und weltweit zusammenzuarbeiten. Die Grundlage für diese Identität ist bereits gelegt und muss durch Bildung, Information und Wissensaustausch weiter gefördert werden.

Empfehlungen:

- Die EU-Mitgliedstaaten sollten sich in erster Linie darauf konzentrieren, untereinander politische Übereinstimmung zu finden. Die europäischen Institutionen sollten dies nachdrücklich unterstützen;
- Darüber hinaus sollte es einen Check-up-Punkt geben, um die politische Vision der EU zu klären: Wohin wollen wir als Institution gehen?
- Die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit (QMV) sollte die Regel für alle Politikbereiche im Rat der Europäischen Union sein;
- Um die liberale Demokratie zu stärken und zu sichern, sollten die Mitgliedstaaten als Alternative zu Artikel 7 ein neues Instrument zur Überwachung der Rechtsstaatlichkeit schaffen;
- Besondere Aufmerksamkeit sollte der Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit und der Pressefreiheit in Bulgarien und Rumänien gewidmet werden;
- Die EU sollte sich auf die Unterstützung der Demokratie auf dem Westbalkan und nicht auf die rein wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren;

- Schließlich sollte die EU Initiativen zur Stärkung der europäischen Identität in Gang setzen, darunter:
 - Die Zugänglichkeit der EU-Politik verbessern, um "die Debatte in die Kneipen zu bringen";
 - Die EU-Bildung von klein auf fördern;
 - Einen EU-weiten Austausch auf der Ebene der Hochschulen einführen;
 - Die Förderung eines Interrail-Passes für alle 18-Jährigen;
 - Mehr Transparenz in der EU-Gesetzgebung erreichen;
 - NGOs stärker in die Politikgestaltung auf EU-Ebene einbinden

Herausforderung 2: Fehlende militärische Kapazitäten der EU:

- Es besteht ein Unterschied zwischen einem globalen Akteur (d.h. einer wirtschaftlich mächtigen Einheit) und einer globalen Macht (d.h. einem Akteur, der auch über die militärischen Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen verfügt). Während die EU definitiv ein globaler Akteur ist, fehlt ihr die militärische Macht, um auch als globale Macht zu gelten.
- Der Aufbau einer europäischen Armee dauert sehr lange, nicht zuletzt aufgrund des fehlenden Konsenses; wann immer die EU drei Schritte vorwärts geht, geht sie zwei Schritte zurück. In der Zwischenzeit muss sich die EU für ihre Sicherheit auf die NATO und andere Bündnisse verlassen.

Empfehlungen:

- Die EU sollte an einer europäischen Armee arbeiten, die mit der NATO voll kompatibel ist, aber ihre internationale Glaubwürdigkeit erhöht;
- Sie sollte die nationalen Armeen nach und nach integrieren, um Kapazitäten für nicht-militärische Interventionen aufzubauen;
- Ihre geographische Reichweite sollte sich in erster Linie auf ihre unmittelbare Nachbarschaft (Eurasien, Afrika, Mittelmeer-Raum) konzentrieren;
- Mit der Zeit sollte die EU zu einem Sicherheitsakteur und einer Schutzmacht werden, die ihre Interessen im Ausland glaubwürdig verteidigen kann.

Herausforderung 3: Mangel an einer globalen Vision der EU:

- Die EU braucht PolitikerInnen, die das gemeinsame europäische Interesse im Auge haben und nicht die Interessen der einzelnen Nationen. Diese PolitikerInnen würden gemeinsamen europäischen Positionen in der Zukunft nicht im Wege stehen (z.B. bezüglich Migration oder ziviler Interventionen), was das Ansehen der EU in der Welt weiter stärken würde.

Empfehlungen:

- Die EU sollte sich als globale Stimme für Freiheit und als "Botschafter der Demokratie" etablieren;
- Die EU sollte globale Allianzen auf der Grundlage gemeinsamer politischer Werte aufbauen: mit den USA, Kanada, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland;
- Die EU sollte sich als globaler Umweltbotschafter etablieren.

Migration, äußere und innere Sicherheit

Herausforderung 1: Migration bleibt ein spaltendes Thema:

- Die kulturelle Wahrnehmung von MigrantInnen in der Union ist unterschiedlich - einige sind positiv, aber meistens sind sie negativ oder werden zumindest weniger positiv (der Brexit zum Beispiel hat die Situation für MigrantInnen aus der EU und aus Nicht-EU-Ländern gleichermaßen verschlechtert);
- Die Integration von MigrantInnen ist nach wie vor schwierig. Trotz des grundsätzlichen Verständnisses, dass Migration für den Arbeitsmarkt vorteilhaft ist, wird der öffentliche Diskurs über das Thema von Angst und Vorurteilen beherrscht (die weitgehend mit Terrorismus und Arbeitsplatzsicherheit zusammenhängen), die durch Missverständnisse geschürt werden; zwei Gruppen können nebeneinander existieren, verstehen sich aber nicht;
- Es besteht ein weit verbreitetes Gefühl der Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie die EU mit dem Thema umgegangen ist, insbesondere mit der mangelnden Kompetenz und Koordination der EU in dieser Frage (z.B. das Quotensystem). Dies führt zu dem Wunsch, das Thema der Migration aus Nicht-EU-Ländern völlig abzuwehren.

Empfehlungen:

- Aufrechterhaltung eines strengen Verfahrens zur Erlangung des Asylstatus in der EU, einschließlich der Vorgabe des Wohnorts, der Berichterstattung an einen Asylbeauftragten und der Bewertung des Assimilationsfortschritts;
- Einrichtung eines klaren Informationsflusses zu diesem Thema; über den Umgang mit der Migration selbst hinaus muss die EU ihre Bemühungen, Maßnahmen und Erfolge besser kommunizieren. Die Debatte über Migration muss breit geführt werden, auch in Schulen und Universitäten.

Herausforderung 2: Terrorismus bleibt eine zentrale Sorge der BürgerInnen:

- Der Terrorismus in der EU wird seit jeher durch unvorhersehbare Anschläge betrieben, was zu ständiger Angst und darüber hinaus zu einer verzerrten Wahrnehmung des Islam und von MuslimInnen führt;
- Der scheinbar unkontrollierte Zustrom von MigrantInnen trägt zum Terrorismus bei. Dessen Bekämpfung durch ein Eindringen in die Privatsphäre über Überwachung verwischt jedoch die Grenze zwischen Sicherheit und Privatsphäre. Darüber hinaus kann ein mögliches Durchsickern von persönlichen Informationen (z.B. Fluggastdaten) zu Terroranschlägen führen;
- Der Einfluss externer Akteure auf MigrantInnen (z.B. aus Libyen oder Syrien), die in die EU kommen, wird in seiner Komplexität nicht berücksichtigt, und nicht alle beteiligten, einflussreichen Akteure und Länder sind ausreichend beteiligt.

Empfehlungen:

- Einführung strenger Grenzkontrollen ein; der Schengen-Raum muss entweder nach dem Prinzip der offenen Grenze arbeiten oder es gibt ihn nicht. Darüber hinaus sollte es einen verstärkten Austausch von Fachwissen und Informationen über Grenzschutz sowie eine spezielle Task Force geben;
- Strenge Kontrolle des Mittelmeers mit mehr Schiffen und GrenzwachterInnen für Rettungseinsätze;
- Mehr finanzielle Unterstützung für Flüchtlingslager und deren Einrichtung in Nicht-EU-Staaten bereitstellen;

- Analyse der Durchführbarkeit von und Alternativen zu militärischen Interventionen in Konfliktregionen, wobei auch externe Bedrohungen aus Ländern wie Russland oder Nordkorea berücksichtigt werden sollten.

Beschäftigung, Soziales und Integration

Herausforderung 1: Finanzielle, soziale und wirtschaftliche Ungleichheit

- Die soziale Mobilität innerhalb der Bildungssysteme und des Arbeitsmarktes ist in einigen Teilen der Union gering, nicht zuletzt wegen des mangelnden Vertrauens und des mangelnden Verständnisses für diese Mobilität;
- Es fehlt an Chancengleichheit, ausgewogenen Geschlechterverhältnissen und Integration am Arbeitsplatz;
- Diskriminierung am Arbeitsplatz bleibt eine Herausforderung;
- Die Kluft zwischen Stadt und Land vergrößert sich, und die anhaltende Gentrifizierung und Verdrängung gering qualifizierter Arbeitskräfte spaltet die Gesellschaften in der Union weiterhin.

Empfehlungen:

- Die EU sollte in dieser Frage die Führung übernehmen, indem sie für mehr Vielfalt innerhalb ihrer eigenen Institutionen sorgt;
- Finanzielle Anreize für gleiches Gehör würden ebenfalls helfen;
- Die EU-Mittel müssen besser zugewiesen und überwacht werden (z.B. fehlen Ressourcen für die Mobilität von MedizinstudentInnen);
- Schließlich sollte die EU experimentelle Wege für einen Dialog mit ihren BürgerInnen erkunden - sie könnte beispielsweise Policy-Lab-Initiativen starten und dabei die Designmethodik zur Gestaltung von gesetzlichen Maßnahmen nutzen; dabei muss auch sichergestellt werden, dass der Politikdialog auf den Bedürfnissen der Teilnehmenden basiert.

Herausforderung 2: Der Arbeitsmarkt im Wandel:

- Es ist ein Paradigmen- und Perspektivwechsel der Politik und der Bevölkerung in Bezug auf die Arbeit erforderlich;
- Es mangelt an Verständnis und einem gesetzlichen Rahmen für die Gig-Wirtschaft;
- Die durch die derzeitigen Bildungssysteme erworbenen Fähigkeiten und Qualifikationen entsprechen nicht den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes.

Empfehlungen:

- Die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Gestaltung des Arbeitsmarktes der Zukunft einbinden - in die Politikgestaltung, durch Kooperativen (insbesondere die prekäre Klasse) usw.
- Den individuellen und strukturellen Zusammenhalt innerhalb der EU erhöhen; eine stärkere Harmonisierung der EU-Arbeitsmärkte ist notwendig;
- Sicherstellung der Verfügbarkeit von gemeinsamen sozialen Dienstleistungen auf für die neuen Industrien;
- Mehr Ressourcen, Räume und Dienstleistungen für die Bildung bereitstellen - für Sprachkurse, Erasmus-Programme, duale Ausbildung usw. Gleichzeitig muss EU-weit

die Nutzung der Bildungsressourcen und ihre Relevanz für den Arbeitsmarkt überprüft werden;

- Die weitere Standardisierung der Bildungssysteme in der gesamten EU, insbesondere der Hochschuleinrichtungen; Universitätspartnerschaften und -kontrollen fördern, um die Bildungsstandards in der gesamten EU zu erhöhen;
- Die gesamteuropäische Zusammenarbeit verstärken, z.B. durch die Einrichtung von europäischen Universitäten und europäischen Professuren und die Einrichtung eines kostenlosen Online-Sprachlernprogramms, das von Lernprogrammen und Dienstleistungen vor Ort begleitet wird.

Herausforderung 3: Inadequate Wohn- und Sozialpolitik:

- In vielen Teilen Europas gibt es ein Problem mit Wohnraum; gleichzeitig ist das Wohnen auch für fast 30% der CO₂-Emissionen Europas verantwortlich. Wir müssen anfangen, das Wohnen nicht nur als ein rein infrastrukturelles, sondern auch als ein soziales und ökologisches Thema zu sehen;
- Soziale Sicherheitsnetze sind in einigen Teilen der EU nicht ausreichend vorhanden
- von der Familienplanung über Kindergeldstandards bis hin zu Rentensystemen;
- Es mangelt an Verständnis für nichtlineare Geschäftsmodelle und deren Potenzial.

Empfehlungen:

- Setzen Sie soziale Fragen fest auf die Tagesordnung und stellen Sie Menschen über Unternehmen;
- Aufstellung einer gemeinsamen EU-Bürgerschaftspolitik;
- Harmonisierung der Rentensysteme in der gesamten EU;
- Schaffung von Kindergeldstandards in der gesamten EU auf der Grundlage eines Durchschnittslohns in jedem Mitgliedstaat;
- Einigung auf einen Green New Deal für den Wohnungsbau mit sozialem Fokus - Schaffung eines Europäischen Wohnungsfonds und Bau von erschwinglichen und qualitativ hochwertigen grünen Wohnungen;
- Ressourcen für Forschung und Innovation im Bereich grüner und sozial nachhaltiger Wohnungen, für regionale und kommunale Initiativen, die neue Häuser bauen, und für Initiativen, die mehr öffentliche Macht in den Wohnungsbau bringen